

Editorial

Asiatische Werte? Um es gleich vorweg zu nehmen: Die gibt es nicht. In (fast) allen Beiträgen wird diese Grundaussage deutlich. Trotzdem werden sie immer wieder heraufbeschworen, vor allem aus Kreisen einiger Regierungen Asiens. Aber es gibt sehr wohl eine lebhaft und selbstbewußte Werte-Diskussion in Ostasien angesichts der einschneidenden und rapiden sozialen wie gesellschaftlichen Veränderungen, insbesondere in den wirtschaftlich erfolgreichen Staaten Ost- und Südasiens.

Wir drucken in diesem Heft die vier auf der Tagung *Asiatische Werte kontra Menschenrechtsimperialismus?* gehaltenen Referate ab, in der Form, wie sie uns schriftlich vorliegen (S. 6-22). Wir hatten die Tagung gemeinsam mit dem Südasiensbüro vom 13.-15.10.95 in Eringerfeld bei Geseke veranstaltet. Die Referenten kamen aus Hongkong, Malaysia, Thailand und Indien. Die Debatte auf der Tagung selbst wurde bereits im Heft 4/95 (S. 56f) beschrieben.

Zwei weitere Beiträge zur Themstellung sind ebenfalls Referate, die auf einer Tagung Ende August 1995 in Kuala Lumpur mit dem Thema *Asian Values in Journalism* von einer Filipina (S. 23) und einem Indonesier (S. 26) gehalten wurden. Ferner werden in einer Zusammenstellung von zehn verschiedenen Stimmen zur Frage nach *asiatischen* Werten

(S. 29) weitere unterschiedliche Standpunkte und Herangehensweisen deutlich.

Die Frage nach *asiatischen* Werten werden wir in Zukunft wohl nicht mehr aufwerfen. Wohl aber wird uns die Wertedebatte und die reale, gesellschaftliche Wertebildung nicht nur in (Südost-) Asien oder Europa, sondern weltweit noch einige Zeit beschäftigen.

An dieser Stelle wollen wir uns noch für die zahlreichen Reaktionen auf die *Leserbefragung* - 75 zurückgeschickte Fragebögen - bedanken. Die Veröffentlichung einer Auswertung kann jedoch erst im nächsten Heft erfolgen.

Schwerpunktthema im nächsten Heft ist Wasser. Redaktionsschluß: 20. Mai.

Peter Franke

Kommentar

Eine asiatische Herausforderung?

Zum asiatisch-europäischen Gipfeltreffen in Bangkok

Als "Ereignis von historischer Bedeutung" wurde das Treffen (fast) aller Regierungschefs der Europäischen Union mit denen der ASEAN-Staaten, sowie Japans, Chinas und Südkoreas in Bangkok Anfang März bezeichnet. Etwas überheblich erhielt es den Namen *Asia Europe Meeting* (ASEM), als ob die EU allein Europa ausmache und Südasiens, Zentralasien sowie der sogenannte Nahe Osten (einschließlich Türkei) geographisch nicht zu Asien gehören würden.

Aber zugegeben, es ist schon ein historisches Ereignis, wenn sich Nachkommen der alten Kolonialherren mit den heute Herrschenden der ehemals - mehr oder minder - kolonialisierten Länder eines Teils Asiens auf gleichrangiger Ebene zum erstenmal treffen, um sich "kennenzulernen"; wenn einige Aufgeklärte in Regierung, Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Verbänden, sich schließlich mit der Erkenntnis bei den Regierungen der EU durchsetzen, daß man eine Region, die knapp die Hälfte der Weltbevölkerung besiedelt, nicht einfach ausklammern kann; wenn die eurozentrische Sicht der Welt durch Aufrufe wie "von Asien Lernen" oder von Warnungen vor "asiatischen Herausforderungen" allmählich zurückgedrängt wird.

Den östlich von Europa liegenden Ländern eine verstärkte Aufmerksamkeit

zu widmen, wurde schon lange ange-mahnt: die Angst vor den Hunnen, die Berichte von Marco Polo, der Einfluß asiatischer Kultur, die Interessen der europäischen Handelsmächte im 16. und 17. Jahrhundert (immerhin wollte Kolumbus ja eigentlich nach Indien), die kolonialen Interessen der weißen Herrenmenschen (unter deutschem Kommando wird der sogenannte Boxeraufstand in China von gemeinsamen europäischen und amerikanischen Verbänden niedergeschlagen), die Achse Japan-Deutschland im 2. Weltkrieg, Kanzler Kiesingers warnende Rufe "China, China", der Einfluß des Vietnamkrieges und der chinesischen Kulturrevolution auf die Studentenbewegung der 70er Jahre, dem Lernen (Wollen) vom japanischen Wirtschaftserfolg und die wirtschaftliche (Neu-) Entdeckung des pazifischen Beckens durch die Deutsche Bank vor 20 Jahren.

Nicht Solidarität, Verständigungsinteresse, gegenseitiger Respekt und gemeinsame Menschheitsideale sind aber die Motive für das Zusammenkommen der Regierungschefs in Bangkok. Die Veränderungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft haben die Herrschenden einander näher gebracht. Was vor 20 Jahren vielen, insbesondere marxistischen Kritikern des Kapitalismus noch unmöglich erschien, daß auch sogenannte

Entwicklungsländer den Status eines entwickelten, kapitalistischen Industrielandes erreichen, hat sich in Ostasien nun verwirklicht. Einerseits von den Herrschenden in den europäischen Industrienationen durch die Globalisierung der Wirtschaft gewollt, ist ihnen andererseits diese Entwicklung nun nicht mehr geheuer, und sie fürchten, ins Abseits zu geraten.

Die Entwicklung einiger ostasiatischer Länder muß für manche europäische Länder wie ein Spiegel ihrer eigenen Entwicklung wirken. Das Wirtschaftssystem, das sich in Europa entwickelte und zeitweilig ihre Vorherrschaft in der Welt sicherte, hat - nach den USA und Japan - nun noch weitere Konkurrenten hervorgebracht. Solche Entwicklungen sind eigentlich nicht ungewöhnlich im kapitalistischen Wirtschaftssystem. War Mitte des letzten Jahrhunderts Deutschland noch ein industriell ziemlich unterentwickeltes Agrarland, für seine Industrialisierung angewiesen auf Kapital und technologisches Knowhow aus dem entwickelten England, hatte sich dieses politisch und wirtschaftlich rückständige Land Anfang des 20. Jahrhunderts zu einem ernsthaften Konkurrenten Englands entwickelt, das schließlich mit kriegerischen Mitteln seine Interessen durchzusetzen suchte.

Schaut man sich die Schilderungen der sozialen Lage der breiten Bevölkerung auf dem Lande sowie in den Städten aus jener Zeit an, so unterscheiden sie sich in Bezug auf das weit verbreitete Elend und die demokratischen Grundrechte nicht

wesentlich von dem, was über die Entwicklung der letzten 30 Jahre in vielen Ländern Asiens geschrieben wurde: Vertreibung, Landflucht, Kinderarbeit, 12-14stündiger Arbeitstag, Niedrigstlöhne, gefährliche Arbeitsplätze, Obdachlosigkeit, Rechtlosigkeit usw. Nicht zuletzt haben viele Europäer versucht, durch die Auswanderung aus dem "wachsenden" Europa einer Verelendung zu entkommen.

Aber wer und was hat sich denn eigentlich durchgesetzt – damals in Deutschland und heute in Ostasien. Auf wessen Kosten und zu wessen Gunsten?

Traditionelle Eliten und "bürgerliche" Schichten betreiben die Durchsetzung des Kapitalismus als alleinige, alles umfassende Gesellschaftsform, in der die oberste Maxime Profitmaximierung durch Warenproduktion ist. Dabei kommt es nicht darauf an, daß ein nützlicher Gebrauchsgegenstand produziert wird, sondern daß man durch die Herstellung irgendeines Produktes Geld verdient. Alle sozialen, kulturellen und religiösen Traditionen werden dadurch tiefgreifend verändert. Alle menschlichen Beziehungen untereinander, wie auch die gegenüber der natürlichen Umwelt sind davon bestimmt. Letzteres Verhältnis stellt sich zunehmend als zerstörerisch gegenüber der menschlichen Existenz dar. Der Kapitalismus spaltet alle Gesellschaften, in Asien oder Europa, marginalisiert und vernichtet erhebliche Teile der Gesellschaften, heute wie damals.

Es ist somit das eigene, so hoch gepriesene Wirtschafts- und Gesellschaftssystem des Kapitalismus, das die wirtschaftlichen und sozialen Krisen in Europa verursacht, nicht die Konkurrenzen, wie etwa die Wachstumsökonomien Ostasiens. Denn die Konkurrenz inner-

halb eines Nationalstaates, eines Staatenverbandes oder der ganzen Welt, sowohl unter den Unternehmen als auch unter den Arbeitskräften, ist konstitutiver Bestandteil eben dieses Systems. Das Gerede von *asiatischer* Herausforderung, von *Asien Lernen* und *asiatischen Werten* lenkt von den eigentlichen Ursachen der Krise ab. Es ist zugleich irreführend und gefährlich, weil es mit dem *Asiaten*, wer immer das sein soll, einen vermeintlichen Gegner aufbaut, der uns bedroht. Gegen den müssen wir uns dann angeblich durchsetzen, so wie etwa vor dem 1. Weltkrieg gegen *den Franzosen*.

In Bangkok trafen sich die Chefs zweier Staatengruppen, deren jeweilige Mitgliedsstaaten innerhalb ihrer eigenen Gruppe wie auch weltweit in Konkurrenz zueinander stehen und eine Konkurrenz als Regionen zueinander antizipieren. Sie sind sich über die Vorherrschaft des Kapitalismus weltweit und in ihrem Land einig. Am Wohl ihrer jeweiligen Bevölkerung liegt ihnen nur soweit, um die Privilegien, materiellen Vorteile und Macht der vom Kapitalismus profitierenden Schichten zu erhalten. Deshalb haben sie auch wenig Interesse daran, einen Dialog über Fragen der demokratischen Grundrechte, der Menschenrechte sowie des Selbstbestimmungsrechts anzufangen, es sei denn, sie können damit ihre (wirtschaftlichen) Interessen besser durchsetzen. Sie treffen sich, um sich über ihre gemeinsamen Interessen im herrschenden, weltweiten kapitalistischen System auszutauschen, wie sie die Welt besser im Griff behalten können. Dabei wollen sie voneinander lernen.

Leider gab es zu diesem Treffen keine umfassenderen, alternativen Ansätze. Die Asia-Europe NGO Conference, die kurzfristig aus dem Boden gestampft

wurde, stellt sich als eine der heutzutage obligatorischen "Gegenkonferenzen" dar, die weder Ausdruck eines vorangegangenen Dialog- und Auseinandersetzungprozesses war noch bisher Folgeaktivitäten verspricht (vgl. Dokumentation der Abschlußpresseerklärung). Auch waren kaum diejenigen dort anwesend, die Ausdruck von alternativen Ansätzen in Europa und z.T. in Asien sind. Trotz des Anspruchs, sich "neuen Beziehungen zwischen Asien und Europa" zuwenden zu wollen, zeigte sie sich thematisch als Reflex auf die politische Tagesordnung. Mit Themen, die z.T. auch in den Gremien des offiziellen Politikdialogs behandelt werden, wollte sie die besseren Ratschläge an die vertretenen Regierungschefs geben.

Ein langfristiger Dialog über Widerstandsformen gegen die Auswüchse des Kapitalismus sowie über Kernfragen gesellschaftlicher Entwicklung und Perspektiven jenseits des Kapitalismus zwischen Exponenten und Aktivisten sozialer Bewegungen, querdenkenden Intellektuellen und Künstlern in Europa und Asien muß entwickelt werden. Nur ein solcher Dialog kann dazu beitragen, daß ethozentrische Vorurteile zwischen einzelnen Ländern Europas und Asiens bewußt abgebaut und gemeinsam eine Welt-Anschauung entwickelt werden können, die über den Weltmarkt hinausgeht, ohne leugnen zu wollen, daß es ihn (vorerst noch) gibt.

ASEM ist ein erneuter Anstoß dazu, solch einen Dialog in Gang zu bringen. Die Initiative zu der Gegenkonferenz könnte ein erster Schritt dazu sein.

Peter Franke

Jenseits von Geopolitik und Geoökonomie

Im folgenden drucken wir die Presseerklärung des Alternativgipfels zu ASEM mit der Überschrift Die NRO aus Asien und Europa beenden eine historische Konferenz über die Bürgerverbindungen Verbindungen zwischen zwei Kontinenten ab.

Über 350 Vertreterinnen und Vertreter von über 100 Volksorganisationen und Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) nahmen vom 27. bis 29. Februar an der ersten Gemeinsamen Asien-Europa NRO-Konferenz zum Thema *Jenseits von Geopolitik und Geoökonomie: Auf dem Weg zu Neuen Beziehungen zwischen Asien und Europa* in Bangkok teil. Diese Konferenz wurde parallel zum Asien-Europa Gipfel (ASEM) zwischen zehn südostasiatischen und fünfzehn europäischen Staats- und Regierungschefs

abgehalten, der am 1. und 2. März stattfand.

Die NRO-Konferenz rief die asiatischen Regierungen dazu auf, das multilaterale Investitionsabkommen, das von der Europäischen Union und der Welt handelsorganisation (WTO) gefördert wird, abzulehnen. Das NRO-Treffen forderte ebenfalls einstimmig den gleichzeitigen Rückzug Frankreichs aus Französisch-Polynesien und Neukaledonien unter der Aufsicht der Europäischen Union (EU) sowie Indonesiens aus

Osttimor unter der Aufsicht der ASEAN. Die Konferenz verlangte außerdem, daß die ASEM-Regierungen die Unterdrückung und Schikanierung der NRO sowie das Klima der Angst, in welchem sie gegenwärtig operieren, beenden.

Gleichzeitig erkannte die Konferenz die Herausforderungen, denen Asien und Europa gegenüberstehen, und beschloß, auf die Schaffung einer gemeinsamen Vision und eines gemeinsamen Aktionsprogrammes zwischen den zwei Kontinenten hinzuarbeiten, welches über die Fixierung auf Wirtschaftswachstum hinausgeht.

Die Teilnehmer vertraten die Ansicht, daß ASEM durch die Konzentration der Beziehungen auf rein geopolitische und geoökonomische Überlegungen hauptsächlich den beschränkten Interessen der dominierenden Eliten in den beiden Regionen dient.

In diesem Kontext versuchten nun die Teilnehmer eine alternative Vision zu entwickeln, die sich an den Bedürfnissen